

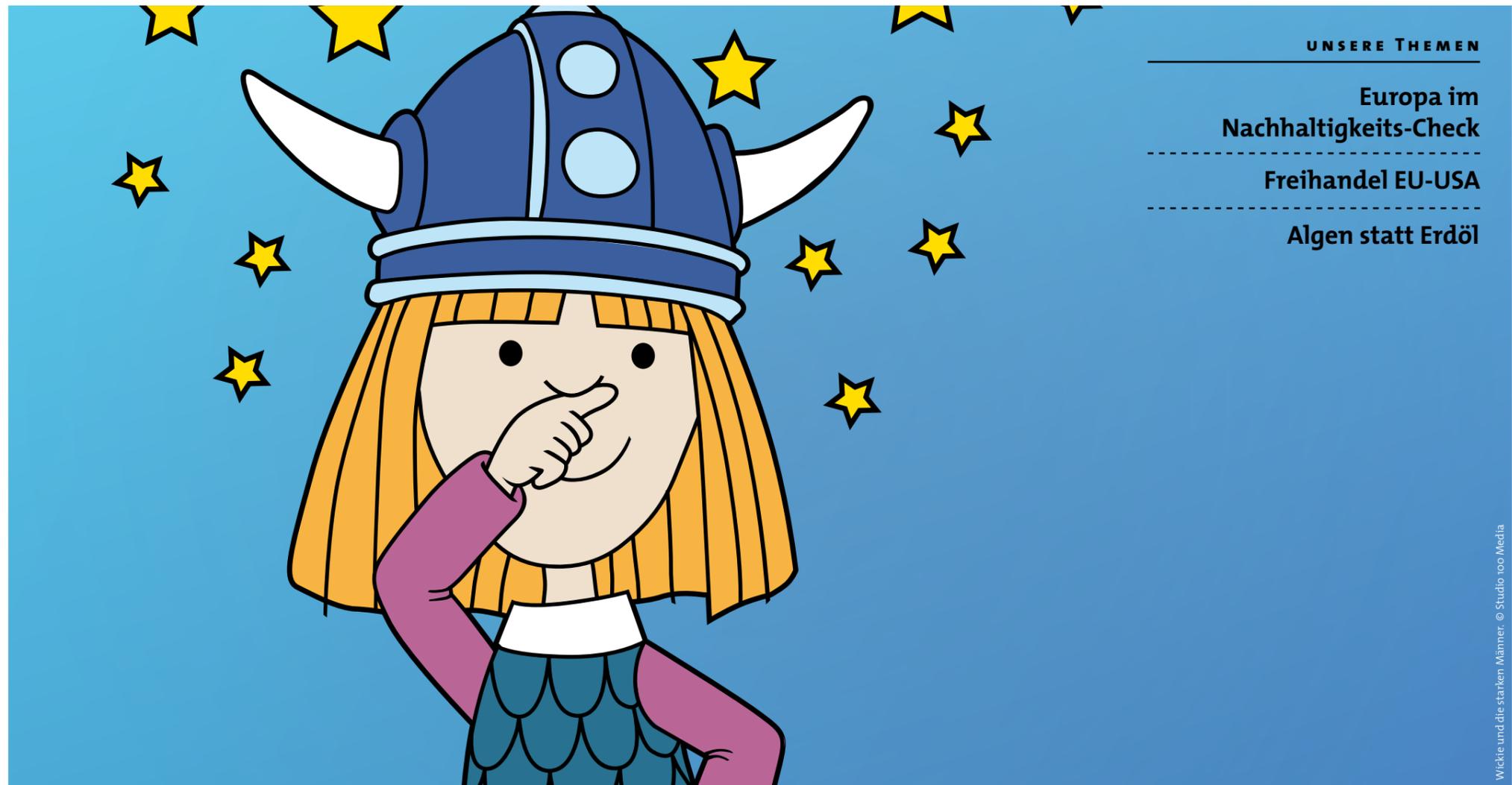


UNSERE THEMEN

Europa im Nachhaltigkeits-Check

Freihandel EU-USA

Algen statt Erdöl



Wickle und die starken Männer © Studio 100 Media

Die Champions kommen aus dem Norden

Erfolgreich ist eine Gesellschaft, wenn sie die Lebensqualität der Menschen heute und morgen sichert. Am besten gelingt das derzeit in Skandinavien. Österreich ist vorne mit dabei – besser werden erlaubt.

WACHSTUM DES BRUTTOINLANDS-PRODUKTES (BIP) als alleiniges wirtschaftspolitisches Ziel war gestern. Nicht zuletzt weil dieses im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise immer schwieriger zu erreichen ist. Aber auch weil immer deutlicher wird, dass das BIP nur bedingt als Messlatte für die Lebensqualität der Menschen taugt. Unfälle und Katastrophen kurbeln Wirtschaftswachstum an, aber besser geht es deswegen niemanden.

Wachstum ist mehr

Seit 2010 hat sich die Europäische Union mit ihren Europa-2020-Zielen einem „intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstum“ verschrieben. Auch wenn politischer Erfolg immer noch an einigen wenigen wirtschaftlichen Zahlen wie dem Wirtschaftswachstum, den Arbeitslosenzahlen und dem Staatsdefizit festgemacht wird, die Überzeugung, dass es eigentlich um mehr geht, setzt sich europaweit (und darüber hinaus) immer mehr durch.

Was aber sind dann die Kriterien, die ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum ausmachen? Derzeit wird darüber noch gestritten. Die OECD hat mit ihrem „Better-Life-Index“ ein Instrument vorgestellt, bei dem jeder und jede Einzelne anhand der eigenen persönlichen Wertigkeiten die unterschiedlichen Bereiche – von Wohnverhältnissen und Einkommen über Gemeinsinn, Gesundheit und Bildung bis zu Sicherheit oder Work-Life-Balance – gewichten kann.

Die Diskussionen, was denn nun genau die wichtigen Kriterien sind, um zu entscheiden, ob ein Land oder Europa als Ganzes auf einem erfolgreichen Weg ist, sind noch nicht entschieden.

Weichenstellungen in den Regionen

In dieser Debatte hat sich auch das Ökosoziale Forum engagiert. Dessen Präsident Stephan Pernkopf begründet dies mit der Überzeugung, mit der Ökosozialen Marktwirtschaft ein enkeltaugliches Konzept vorliege, das als Modell für Europa dienen kann. Inwieweit die europäischen Regionen jetzt schon den ökosozialen Kriterien entsprechen, überprüft das „Ökosoziale Europaradar“, das unter der wissenschaftlichen Begleitung durch das Sustainable Europe Research Institute entwickelt wurde. Dieser neue, föderale Zugang bereichert die Debatte um die Lebensqualität in Europa, weil er zeigt, dass die Regionen der einzelnen Länder in den verschiedenen Kategorien unterschiedlich abschneiden.

Alle österreichischen Bundesländer erzielen in den drei Bereichen Wirtschaft, Soziales und Umwelt überdurchschnittliche Werte. Vor allem bei den Öko-Indikatoren schneiden wir hervorragend ab. Unter den besten zehn Umwelt-Regionen sind sechs österreichische Bundesländer. Griechenland, Luxemburg, Estland und Zypern sind in diesem Bereich die Schlusslichter.

„Dennoch brauchen wir uns nicht auf die Schulter zu klopfen. Die Champions League spielt anderswo“, kommentiert Pernkopf den Umstand, dass die skandinavischen Regionen im Gesamtindex

die Nase vorn haben. Unter den Top-5-Regionen sind drei schwedische. Ein Grund für das Ökosoziale Forum, dieses Europaradar zu erstellen, war der Wunsch, von den Besten lernen zu können. Pernkopf erklärt das so: „Das macht Europa aus, gemeinsam können wir besser werden, ohne das Rad neu zu erfinden müssen.“

Europa gestalten

Wo immer man ideologisch stehen mag, jedenfalls ist es wichtig, die Debatte zu führen. Geht es doch um die konkrete Ausgestaltung der europäischen Idee. Eine gute Gelegenheit dafür wäre ein Wahlkampf – im besten Fall ein europäischer. Das schaffen die europäischen Parteien derzeit noch nicht. Die inhaltlichen politischen Auseinandersetzungen finden nach wie vor auf nationalstaatlicher Ebene statt.

Doch erstmals stellen bei dieser Europaparlamentswahl die europäischen Parteifamilien SpitzenkandidatInnen für das Amt des Kommissionspräsidenten auf. Es ist zwar keineswegs

zwingend, dass der Spitzenkandidat der stimmenstärksten Fraktion dann auch tatsächlich Kommissionspräsident wird – solche bindenden Regelungen gibt es bei nationalen Wahlkämpfen aber auch nicht. Allein das Aufstellen von SpitzenkandidatInnen kann als Ansage des Europaparlaments gewertet werden, künftig mit einem stärkeren Selbstbewusstsein im Brüsseler Machtgefüge auftreten zu wollen.



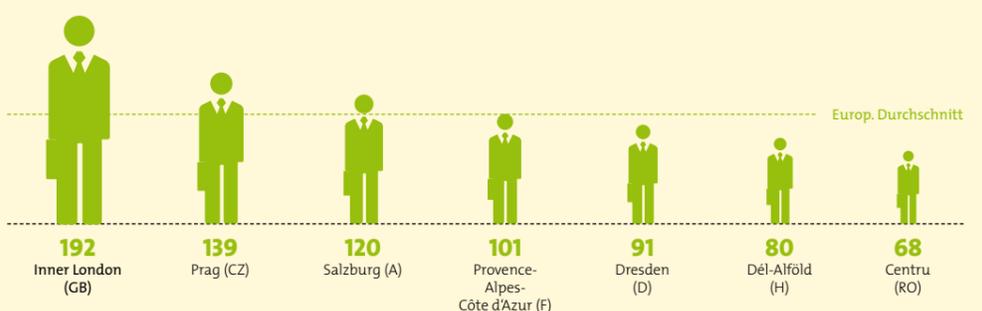
Weitere Informationen zum Ökosozialen Europaradar finden Sie unter www.oekosozial.at

FAKTEN

TOP 5 REGIONEN

1. STOCKHOLM (SCHWEDEN)
2. OSLO OG AKERSHUS (NORWEGEN)
3. VÄSTVERIGE (SCHWEDEN)
4. SYDSVERIGE (SCHWEDEN)
5. CHESHIRE (GROSSBRITANNIEN)

UNTERNEHMERINNENTUM/WETTBEWERBSFÄHIGKEIT



»Das hat sich nicht jemand ausgedacht, um die Menschen zu ärgern.«

Die Skepsis gegenüber dem geplanten Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA ist weit verbreitet. Werden künftig Chlorhendl auf unseren Tellern landen? Oder wird das neue Europäische Parlament das verhindern? denk.stoff bat Greenpeace-Chef Alexander Egit und die Europa-Abgeordnete Elisabeth Köstinger um ihre Einschätzungen.

Warum ist gerade das Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA dermaßen im Kreuzfeuer der Kritik? Ist freier Handel nicht grundsätzlich positiv zu bewerten?

ELISABETH KÖSTINGER: In Österreich werden sechs von zehn Euro über den Export erwirtschaftet. Daher besteht natürlich großes Interesse, Exportmärkte zu erschließen. Ich denke, die Kritik rund um das Freihandelsabkommen beruht vor allem auch auf den unterschiedlichen Prinzipien, die auf beiden Seiten des Atlantiks vorherrschen. Die USA verfolgen dabei einen risikobasierten Ansatz, sowohl in der Produktion als auch beim In-Verkehr-Bringen von Produkten. Der Marktzugang ist dort relativ einfach. Untersuchungen und Kontrollen setzen erst im Schadensfall an. Im Unterschied dazu setzt die europäische Seite auf das Vorsorgeprinzip. Bei uns wird zunächst einmal zertifiziert, kontrolliert und genehmigt.

Was spricht dagegen, alle Importe zu erlauben und einfach die Konsumentinnen und Konsumenten an der Supermarktkasse entscheiden zu lassen?

ELISABETH KÖSTINGER: Generell gibt es in Europa sehr hohe Standards im Lebensmittelbereich. Aber es fehlt derzeit an einer klaren Kennzeichnung, vor allem auch was die Herkunft der Produkte betrifft.

Greenpeace hat sich vehement gegen das geplante Freihandelsabkommen zwischen



»Die Österreicher wollen nicht zwischen Biohendl und Chlorhendl wählen – sie wollen einfach keine Chlorhendl.«

der EU und den USA positioniert. Welche Regelungen sind für Sie das größte Problem?

ALEXANDER EGIT: Ein zentraler Punkt unserer Kritik ist die mangelnde Transparenz. Die Verhandlungen werden hinter verschlossenen Türen geführt, Industrievertreter sind beteiligt, die Öffentlichkeit bleibt jedoch außen vor. Darüber hinaus besteht die Absicht, die gegenseitige Anerkennung von Standards zu ermöglichen. Das ist mit hohen Standards völlig unvereinbar.

Die österreichischen Konsumentinnen und Konsumenten wollen nicht zwischen Biohendl und Chlorhendl wählen – sie wollen einfach keine Chlorhendl. Und nicht nur, weil sie sie nicht essen wollen, sondern weil Chlorhendl untrennbar mit Massentierhaltung verknüpft sind. Diese führt ja praktisch erst dazu, dass der Chloreinsatz notwendig wird.

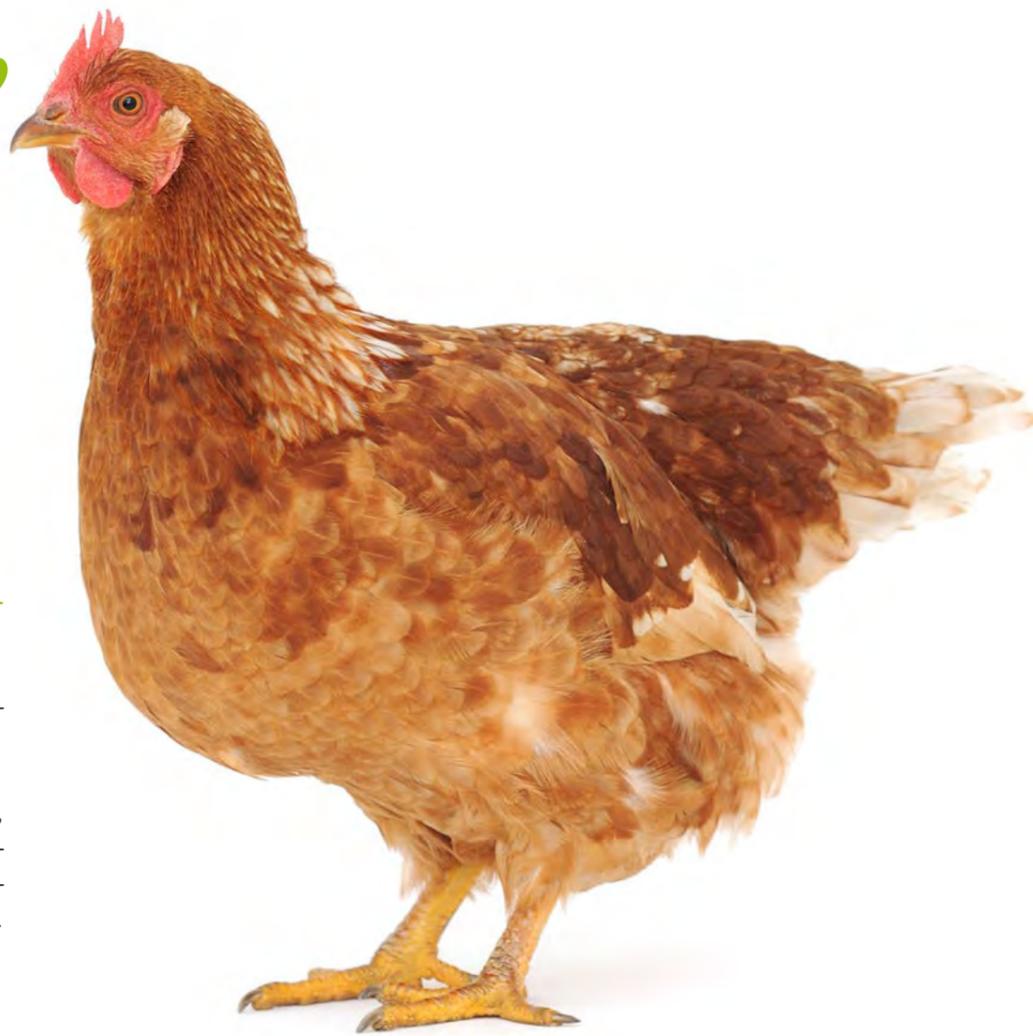
Ein weiterer Punkt ist der Investitionsschutz. Greenpeace wehrt sich vehement gegen die Möglichkeit, dass Massentierhaltungsbetriebe von US-amerikanischem Ausmaß aufgrund von privaten Schiedssprüchen – unter Umgehung von ordentlichen Gerichten in Österreich – durchgesetzt werden können. Private Richter sollen solche Dinge nicht entscheiden dürfen.

Gibt es auch Punkte im derzeitigen Vorschlag, denen Sie zustimmen?

ALEXANDER EGIT: Man weiß sehr wenig über den konkreten Verhandlungsstand des Abkommens. Nichts von dem, was auf dem Tisch liegt, kriegt die Zustimmung von Greenpeace. Ich halte das im Moment für einen Deal, der im Wesentlichen zwischen Konzerninteressen beschlossen werden soll. Und der mit der Bevölkerung überhaupt nichts zu tun hat, mit den Bauern und Bäuerinnen im Übrigen auch nicht – mit den österreichischen schon gar nicht.

Das EU-Parlament gewinnt seit Jahren immer mehr an Bedeutung. Bei der Saatgut-Verordnung hat es seine Macht bewiesen. Wird sich das Parlament bei den Verhandlungen zum Freihandelsabkommen auch so ins Zeug legen?

ELISABETH KÖSTINGER: Absolut. Gerade die von Alexander Egit angesprochene Transparenz wird auch vom Europäischen Parlament sehr stark eingefordert. Man muss aber auch der Fairness halber dazusagen, dass die 28 Regierungen der Mitgliedsstaaten der EU-Kommission ein Verhandlungsmandat für das Freihandelsabkommen



mit den USA erteilt haben. Das hat sich nicht jemand im bösen Brüssel ausgedacht, um die Menschen zu ärgern. Und in den letzten Wochen gab es Schritte von der Kommission, um der Forderung nach Transparenz Folge zu leisten.

Beim Freihandelsabkommen fällt dem Europaparlament eine entscheidende Rolle zu. Wir sitzen zwar nicht am Verhandlungstisch, aber schlussendlich werden die Europaabgeordneten darüber entscheiden, ob sie dem Verhandlungsergebnis zustimmen oder es ablehnen. Die Saatgut-Verordnung war der beste Beweis dafür, dass das Europaparlament mittlerweile einen sehr großen Einfluss hat. Mein Änderungsantrag vom Dezember und der Vorschlag, die Saatgutverordnung an die Kommission zurückzuweisen, waren ausschlaggebend dafür, dass die Vorlage abgelehnt wurde. Die breite Ablehnung der Saatgut-Verordnung hat gezeigt, dass sich das Europäische Parlament als Bürgerkammer versteht und das die Sorgen und Ängste der Menschen ernst nimmt.

Was muss an der Saatgut-Verordnung geändert werden, damit die Abgeordneten der neuen Vorlage zustimmen?

ELISABETH KÖSTINGER: Der Vorschlag der Kommission war viel zu detailliert, hätte zu viel reguliert und hohe Kosten verursacht. Die Vielfalt muss gewahrt bleiben. Die Klein- und mittelständischen Unternehmen, die in Konkurrenz zu den multinationalen Konzernen stehen, sollen weiterhin ein starker Faktor bleiben können.

Das neue Europaparlament muss die Kommission bestätigen. Die Zustimmung zu einem Anwärter für das Amt des Gesundheitskommissars ist unmittelbar mit der Frage verknüpft, wie er oder sie die Saatgutverordnung und -regulierung gestalten will.



»Das Europäische Parlament nimmt die Sorgen und Ängste der Menschen ernst.«

Herr Egit, was wünschen Sie sich vom neuen EU-Parlament?

ALEXANDER EGIT: Wenn es um eine neue EU-Kommission geht, ist es ganz wichtig, von Anfang an einen klaren Auftrag zu geben. Ein Kandidat, der nicht bereit ist, für Transparenz und für entsprechende Partizipation zu sorgen, sollte nicht Kommissar werden. Jemand der die gegenseitige Anerkennung von Standards im Freihandelsabkommen nicht a priori ablehnt, der kommt meiner Meinung nach nicht in Frage. Und das Gleiche gilt auch für den Investitionsschutz.

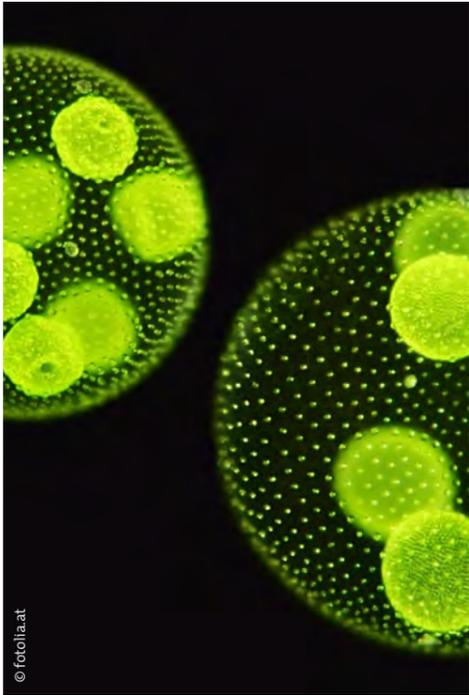
Alexander Egit ist Geschäftsführer Greenpeace in Zentral- und Osteuropa.
Elisabeth Köstinger ist Abgeordnete zum Europäischen Parlament



Das vollständige Interview finden Sie unter www.oekosozial.at

Bier, Algen und Bakterien ersetzen Erdöl

Erdöl ist allgegenwärtig. Es findet seinen Einsatz in Putzmitteln, Sonnenmilch, Medikamenten oder Fensterrahmen und stellt die Grundlage heutigen Wirtschaftens dar. Die Welt steht aber derzeit vor der dritten Industriellen Revolution: Erdöl soll in all jenen Bereichen, in denen es durch den Einsatz neuer Technologien möglich ist, durch biologische Rohstoffe ersetzt werden.



NACH DER ERSTEN INDUSTRIELLEN REVOLUTION, die die Arbeitsproduktivität durch den Einsatz von Dampfkraft und Kohle enorm steigerte und der zweiten, die von Massenfertigung und billiger Energie des schwarzen Goldes geprägt war, werden nun weltweit die Weichen für die Bioökonomie – die biobasierte Kreislaufwirtschaft – gestellt. Bislang standen bei Unternehmensentscheidungen die Faktoren Arbeit und Kapital im Vordergrund,

während der Ressourcenproduktivität kaum Bedeutung beigemessen wurde. Aufgrund der Rohstoffknappheit, die sich in beinahe allen Sektoren bemerkbar macht und der stetig stärker werdenden Ressourcenabhängigkeit von teils instabilen Regionen, wird nun massiv in diesen Forschungs- und Innovationsbereich investiert. Allein Deutschland fördert von 2010 bis 2016 entsprechende Forschungsprojekte mit 2,4 Milliarden Euro und hat sowohl eine nationale Forschungsstrategie, an deren Umsetzung vier Ministerien gemeinsam arbeiten, formuliert, als auch ein unabhängiges Beratungsgremium – den Bioökonomierat – eingerichtet.

Die Europäische Kommission präsentierte im Jahr 2012 ihr Strategiepapier für eine Bioökonomie für Europa, in dem sie sowohl die Vorteile eines derartigen strukturellen Wandels als auch konkrete Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels darstellte. Ob die USA, Brasilien, China, Dänemark oder Großbritannien, alle haben das Ziel die Ressourceneffizienz rigoros zu steigern. Der Querschnittscharakter der Bioökonomie bietet die einzigartige Chance, miteinander verknüpfte gesellschaftliche Herausforderungen wie Ernährungssicherheit, Knappheit natürlicher Rohstoffe, Abhängigkeit von fossilen Ressourcen und Klimawandel anzugehen und gleichzeitig ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu erreichen.

Bisher ungenutzte Koppel- und Abfallprodukte sollen in neuen Materialien Verwendung finden, die gleiche bzw. teilweise sogar bessere Eigenschaften aufweisen als die Altbewährten. So wird zum Beispiel auch in Österreich konkret an Leichtbauwerkstoffen aus landwirtschaftlicher Koppelproduktion oder an der Aufarbeitung von Filterrückständen bei der Bierherstellung zur Gewinnung innovativer pharmazeutischer Substanzen gearbeitet. Die Alpenrepublik hat allerdings großen Nachholbedarf, da sie noch keine Bioökonomiestrategie formuliert hat, die klar die notwendigen Innovationsbereiche definiert und den Koordinationsprozess abbildet. Um diese Lücke zu schließen, referierte am 16. Mai Reinhard Hüttel, Mitglied des Deutschen Bioökonomierates, über die Erfahrungen, die Deutschland bei der Entwicklung der Bioökonomiestrategie gemacht hat und wie diese in den österreichischen Ansatz integriert werden können. „Das notwendige Wissen über die Stoffkreisläufe verdanken wir der Spezialisierung. Ich bin ein Anhänger der Methodenentwicklung. Wir müssen in die Tiefe gehen,“ erklärte der Bioökonomie-Experte.



Weitere Informationen unter www.oekosozial.at

3 FRAGEN AN ...



HERMANN SCHULTES

Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich

1. Was wünschen Sie sich von der neuen EU-Kommission und vom neuen Europäischen Parlament?

Die Kommission soll sich an dem orientieren, was für die normale Landwirtschaft Produktion und Marktfähigkeit erleichtert. Und vom Parlament wünsche ich mir, dass die Abgeordneten vor einem guten Produkt mindestens so viel Respekt haben wie vor intakter Umwelt.

2. Wer soll neue/r Agrarkommissar/in werden?

Es soll eine Frau oder ein Mann mit Bodenhaftung werden. Und es soll eine oder einer sein, der schon abseits der Fernseh-Kameras Gummistiefel angehabt hat.

3. Was erwarten Sie von der künftigen EU-Agrarpolitik. Wird Sie ökosozialer werden?

Sie wird jedenfalls mit weniger Geld auskommen müssen und draufkommen, dass man Konsumentenbedürfnisse nicht herbei-administrieren, sondern nur erkennen kann. Nicht Kontrollen decken den Tisch, sondern Frische und Qualität. Und die Energienot lässt uns das Sonnenkraftwerk Pflanze neu entdecken.

GRUND.STOFF

Europa – wer sonst?

Die Liste mit Kritikpunkten an Europa ist lang. Dennoch ist Europa in vielen Bereichen globaler Vorreiter.

AUF DEN VORWURF, dass die Europäische Union beim Klimaschutz auf der Stelle trete und sich global nicht ausreichend engagiere, reagiert die Leiterin der Abteilung für Internationale Umweltangelegenheiten im Ministerium für ein lebenswertes Österreich, Elfriede More, heftig: „Europa war immer Vorreiter bei den internationalen Klimaberatungen. Wir sollten uns nicht immer schlechter machen als wir sind.“ Auch wenn es durchwegs den berechtigten Wunsch nach einem engagierteren Vorgehen in unterschiedlichen Politikfeldern gibt, ein wenig mehr europäisches Selbstbewusstsein wäre durchaus gerechtfertigt. Im internationalen Vergleich steht Europa nicht so schlecht da.

Im aktuellen MERCER-Ranking über die Lebensqualität in den Großstädten weltweit dominieren die europäischen Städte. Neben den Gesundheitssystemen und der Infrastruktur schätzen die Personalberater die politische Stabilität und die Sicherheit. An dieser Einschätzung hat sich seit Jahren nichts geändert.

Auch im internationalen Handel ist Europa Spitzenreiter. 19 Prozent der weltweiten Importe und Exporte entfallen auf die EU-28 – allen Unkenrufen über die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit zum Trotz.

Und im Sport sind wir EuropäerInnen sowieso (fast) unschlagbar. Bei allen (vom IOC anerkannten) Olympischen Spielen der Neuzeit staubte die heutige EU-28 bisher 8.048 Medaillen ab, insgesamt dreimal so viel wie die zweitplatzierte USA. Auch bei den Medaillen pro Kopf führt Europa mit insgesamt 16 Medaillen pro eine Million EinwohnerInnen (wobei die ÖsterreicherInnen mit 36 Medaillen je eine Million EinwohnerInnen sowieso absolute Weltspitze sind).



Beim dem umstrittenen Referendum zum künftigen Status der ukrainischen Krim-Halbinsel stimmten

96 %

für einen Beitritt zur Russischen Föderation.

96 TSD. TONNEN

genießbarer Lebensmittel landen jedes Jahr in Österreich im Müll. Diese Ressourcen-Verschwendung kostet im Schnitt jeden Haushalt rund 300 Euro jährlich.

Nach den Wahlen am 25. Mai werden **96 DEUTSCHE ABGEORNETE** – drei weniger als bisher – im Europäischen Parlament vertreten sein. Aus Österreich kommen dann 18 der insgesamt 751 Abgeordneten.

In Island gehen

96 % DER VÄTER

in Elternkarenz. Die österreichischen Väter tun dies nur zu rund acht Prozent.

VOR 96 JAHREN

– 1918 – endete der 1. Weltkrieg und in Österreich wurde die Republik ausgerufen. Im gleichen Jahr starben Gustav Klimt, Egon Schiele und Otto Wagner.

Sterne, Planeten und Galaxien machen etwa vier Prozent unseres Universums aus. Die restlichen

96 %

sind „dunkle Energie“ und „dunkle Materie“, die die AstronomInnen heute weder messen noch verstehen können.

Am 5. Dezember 2013 starb der südafrikanische Anti-Apartheid-Kämpfer und Politiker Nelson Mandela im **96. LEBENSJAHR** in Johannesburg. Von 1994 bis 1999 war er der erste schwarze Präsident seines Landes.

Daniel Gabriel Fahrenheit legte 1714 in seiner nach ihm benannten Temperaturskala als einen Fixpunkt

96° F

als die „Körpertemperatur eines gesunden Menschen“ fest.

BEWIRTSCHAFTETER WALD IST BESSER FÜRS KLIMA

von Franz Titschenbacher, Präsident der Landwirtschaftskammer Steiermark, Vorsitzender des Ausschusses für Forst- und Holzwirtschaft der Landwirtschaftskammer Österreich

Unser Wald steht im Mittelpunkt vieler Interessen. Als Kohlenstoffspeicher ist der Wald für den Klimaschutz wichtig. Falsche Interpretationen der Kohlenstoffkreisläufe führen jedoch zur Forderung, den Wald vor jeglicher Nutzung zu schützen. Die von der Europäischen Kommission angedachten Nachhaltigkeitskriterien für die Holzverwendung verstärken diesen Aspekt, denn der zusätzliche Bürokratieaufwand würde das Ende einer nachhaltigen, multifunktionalen Waldbewirtschaftung bedeuten. Kurzfristig gedacht mögen diese Überlegungen stimmen, längerfristig kann aus der viel gepriesenen Kohlenstoffspeicher-Wald eine enorme Kohlenstoffquelle werden und allen anderen Anstrengungen, Emission von Treibhausgasen zu verringern, entgegenwirken.

CO₂-SPEICHERUNG – CO₂-BINDUNG

Jeder einzelne Baum entzieht beim Wachstum CO₂ aus der Atmosphäre und wandelt es mit Hilfe von Sonnenlicht und Wasser in kohlenstoffhaltige Substanzen um. Der Kohlenstoff dient dem organischen Aufbau des Baumes und ist somit im Holz gespeichert. Die einzigen „Abfallprodukte“ bei der Produktion von Holz sind Sauerstoff und Wasserdampf, die wieder an die Umgebung abgegeben werden. Der Wald bindet durch das Wachstum der Pflanzen laufend große Mengen des Treibhausgases CO₂, er hat aber nur ein begrenztes CO₂-Speichervermögen. Das maximale Speichervermögen ist dabei durch die vorhandene Waldgesellschaft mit den jeweils vorkommenden Baumarten beschränkt. Ein Fichtenwald mit z. B. rund 1.000 Festmeter Altholzvorrat kann so rund 1.000 Tonnen CO₂ speichern. Würde dieser Wald nicht weiter bewirtschaftet werden, würde der Bestand irgendwann natürlich zusammenbrechen und verrotten. Dabei wird das gespeicherte CO₂ wieder in die Atmosphäre freigesetzt, die natürliche Verjüngung würde nach einigen Jahren wieder beginnen und erneut CO₂ gespeichert werden.

Durch eine nachhaltige Nutzung und Verwendung des geernteten Holzes bleibt das CO₂ in den daraus entstehenden Produkten wie z. B. Bauholz so lange gespeichert bis das Produkt als Altholz recycelt oder verbrannt wird. Gleichzeitig wird das Speichervermögen des Waldes genutzt, um im nachwachsenden Holz wieder CO₂ zu binden. Dieser immerwährende Kreislauf ist so genial wie einfach. Darüber hinaus steigert sich dieser Effekt dadurch, dass energie- und CO₂-intensive Materialien wie Stahl, Beton oder Ziegel sowie fossile Energieträger durch Holz ersetzt werden. Für den Wald ergibt sich daraus die Möglichkeit, einen wesentlichen Beitrag zu einer CO₂-armen Wirtschaft zu leisten. Dass mit verantwortungsvoller Waldbewirtschaftung und gezielter Holzverwendung große Potentiale für den Klimaschutz verbunden sind, ist im öffentlichen Bewusstsein noch zu wenig verankert und findet in den Programmen und Aktionen zur Verbesserung der Treibhausgasbilanz noch nicht die entsprechende Berücksichtigung.

HOLZNUTZUNG IST BESTVARIANTE

Der Naturzustand wird gerne als die ökologische Bestvariante betrachtet. Dem ist aber nicht so, denn nur bewirtschaftete Wälder sind die Grundlage, um überhaupt Holz verwenden zu können. Eine nachhaltige Bewirtschaftung sorgt auch dafür, dass der Wald in Summe mehr CO₂ bindet als wenn er sich selbst überlassen bliebe. Nur die nachhaltige Bewirtschaftung unserer Wälder und die verstärkte Holzverwendung stellen auch in Zukunft sicher, dass 300.000 Arbeitsplätze erhalten bleiben und der Wald weiterhin diesen großen Beitrag zum Klimaschutz leistet.



Der CO₂ Footprint öffnet die Augen:
Kein Wald bindet so viel CO₂ wie ein bewirtschafteter Wald.

Informieren Sie sich und staunen Sie:

holzistgenial.at

Entgeltliche Einschaltung



Denkanstoß

Sonja Hammerschmid,
Rektorin der Veterinärmedizinischen Universität Wien

Die Europäische Union umfasst aktuell 28 Staaten und knapp 507 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Die Gründe, warum Europa enger zusammenrücken muss, waren und bleiben zahlreich. Unsere Herausforderungen spielen sich in einer globalen Dimension ab. Mit Blick auf die großen Player wie China, USA, Russland oder Indien ist jede Form von politischer „Schreibergärtnerei“ fehl am Platz. Dennoch versuchen politische Kräfte in ganz Europa – und Österreich stellt da keine Ausnahme dar – Kapital bzw. Wählerstimmen aus nationaler Ab- und Ausgrenzung zu schlagen.

Wir alle profitieren in vielfältigster Weise von den Errungenschaften Europas. Die Studierendenmobilität ist längst selbstverständlich, Forschung und Technologieentwicklung

in europäischen Netzwerken sorgen für internationale Wettbewerbsfähigkeit, wir genießen Annehmlichkeiten wie die Abschaffung von Grenzkontrollen oder die Reduktion der Roaming-Gebühren – und vergessen allzu oft den größten Erfolg: Frieden und soziale Stabilität seit vielen Jahrzehnten. Wenn wir dieser Tage die politischen Entwicklungen in der Ukraine beobachten, dann sollten wir umso mehr das Friedensprojekt Europäische Union zu schätzen wissen. „Wer an Europa zweifelt, wer an Europa verzweifelt, der sollte Soldatenfriedhöfe besuchen! Nirgendwo besser, nirgendwo eindringlicher, nirgendwo bewegender ist zu spüren, was das europäische Gegeneinander an Schlimmstem bewirken kann.“ Diese Worte stammen von Jean-Claude Juncker.

Jetzt liegt es an jeder/m Einzelnen von uns, unser demokratisches Europa mit sozialer Verantwortung mitzugestalten und zu leben, denn wir brauchen Europa und Europa braucht uns.

LESE . STOFF

ZIVILKAPITALISMUS. WIR KÖNNEN AUCH ANDERS

Wolf Lotter

Wortgewaltig tritt Wolf Lotter an, um den Kapitalismus zu retten. Kapitalismus ist für ihn die einzige bekannte Methode zum Erzielen von Wachstum, Gerechtigkeit und Teilhabe – ein Werkzeug, keine Ideologie. Die Mühe, den Unterschied zur Marktwirtschaft herauszuarbeiten, macht er sich dabei nicht. Lotters Appell, dem Konzept Zivilgesellschaft einen Zivilkapitalismus beizustellen, der verbunden mit ökonomischem Selbstbewusstsein und Eigenverantwortung ist, wirkt auf den ersten Blick als Denkanstoß interessant; bleibt aber letztlich sehr vage.

TASCHENBUCH: 224 Seiten | HERAUSGEBER: Pantheon, 2013 | ISBN: 978-3-570-55231-5 | PREIS: EUR 15,50



EUROPA . STOFF

FAHRPLAN ZUR NEUEN KOMMISSION (VORAUSSICHTLICH)

25. MAI	Europawahl
MAI/JUNI	Fraktionsarbeit, Festlegung der Zusammensetzung der Ausschüsse
JULI	Angelobung des neuen EU-Parlaments
SEPTEMBER	Ausschüsse nehmen ihre Arbeit auf
JÄNNER	Hearing mit den vorgeschlagenen EU-Kommissaren im EU-Parlament
FEBRUAR	Angelobung der neuen EU-Kommission

WAS ÄNDERT SICH NACH DER EU-WAHL 2014?

Als einzig direkt gewählte Institution war das Europäische Parlament jahrelang nur auf dem Papier die zentrale Institution der Demokratie. Mit dem Vertrag von Lissabon im Jahr 2009 wurden die Kompetenzen des Parlaments ausgebaut. Im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren hat das Parlament bei bestimmten Dossiers, für die es früher nur beratende Funktionen hatte bzw. an denen es gar nicht beteiligt war, wirkliche legislative Zuständigkeiten erhalten. Die legale Einwanderung, die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen, Zusammenarbeit der Polizei oder auch Bestimmungen im Rahmen der gemeinsamen Handels- oder Agrarpolitiken sind Beispiele dafür. Das Parlament ist nun an fast allen Dossiers der Rechtsetzung beteiligt.

Im Haushaltsbereich wurde durch den Vertrag von Lissabon die bewährte Praxis des mehrjährigen Finanzrahmens festgeschrieben, für den die Bewilligung des Parlaments erforderlich ist. Das Parlament und der Rat legen nun gemeinsam alle Ausgaben fest. Schließlich sieht der Vertrag von Lissabon vor, dass das Europäische Parlament seine Zustimmung zu allen internationalen Abkommen geben muss, die Angelegenheiten des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens betreffen. Das betrifft unter anderem auch das Freihandelsabkommen mit den USA.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER & VERLEGER: Ökосоziales Forum Österreich, Herrngasse 13, A-1010 Wien, ZVR-Zahl: 759206393, Telefon: +43 (0) 1/253 63 50-0, Fax: +43 (0) 1/253 63 50-70, info@oekosozial.at, www.oekosozial.at

REDAKTION: Michaela Hickersberger (Leitung), Clemens Matzer, Hans Mayrhofer, Annette Weber
LAYOUT & SATZ: trafikant. Handel mit Gestaltung, 1050 Wien | Grafisches Konzept: trafikant. Handel mit Gestaltung, 1050 Wien | FOTOS: wenn nicht anders angegeben, Archiv | DRUCK: Alwa & Deil Druckerei GmbH 1140 Wien
Nachdruck und fotomechanische Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Die Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz ist ständig unter www.oekosozial.at/offenlegung abrufbar.



Dieses Papier stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen. www.pefc.at